



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/128

29. September 1949

Ein schlechter Dienst an Europa

-x. Bei einer Beurteilung der Vorschläge der alliierten Hohen Kommissare zur D-Mark-Abwertung scheint die politische Seite der

Anwendung des Besatzungsstatutes bedeutungsvoller als ihre wirtschaftliche zu sein. Und doch sind es gerade die wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die diese einseitig folgenschwere Anwendung des Statuts bestimmten. Haben sich schon in der Demontagefrage die Konkurrenzge-

sichtspunkte in diskriminierender und die sachliche Erörterung störender Weise in den Vordergrund geschoben, so ist ihre Ausschaltung beim Beurteilen dieser Vorschläge einfach nicht möglich. Man muss sich notwendig noch einmal des Ausgangspunktes der Abwertungswelle

in der Welt erinnern, will man ermessen, wie weit Deutschland als voraussichtlich Letzter in dieser Reihe, den bekanntlich immer die Hunde beißen, bei dieser Geschichte gekommen ist.

bestand

Dollarmangel . . . ersichtlich in fast allen Ländern der Welt und England hatte die grössten Schwierigkeiten. Sie ergaben sich aus der geringen Aufnahmefähigkeit der Dollarmärkte für die überteuert erscheinenden englischen Waren. Den Briten sollte durch die Pfundab-

wertung Gelegenheit gegeben werden, ihre Exporte nach Dollarländern auszuweiten und ihre Dollareinnahmen zu vergrössern. Niemand hatte erwartet, dass damit den Briten allein Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Produktion zu erhöhen und ihre Exporte auszuweiten, sondern allgemein wurde angenommen, dass auch die übrigen Valuten Anschluss suchen und dabei Unebenheiten in den Relationen ausgleichen würden. Das ist weitgehend geschehen, aber es ist bei allen in voller Freiheit geschehen nach den Notwendigkeiten, die sich aus den verschiedenen gelegerten Volkswirtschaften ergeben.

Es gibt ein gewichtiges Argument dafür, dass auch Deutschlands Volkswirtschaft sich in seiner Währungsgestaltung nach den gleichen

Gesichtspunkten orientiert. Das ist die gleichberechtigte Einschaltung in die Leistungen des Marshallplanes, womit die europäische, ja weltwirtschaftliche Bedeutung der Erholung der deutschen Volkswirtschaft unzweideutig unterstrichen wird.

Die Vorschläge der Hohen Kommissare haben diesen Gesichtspunkt zugunsten nation^{al}-egoistischer Erwägungen aufgegeben. Die Forderung des Verzichtes auf die Weltmarktkohlenpreise oder Erhöhung der Inlandkohlenpreise um den gleichen Prozentsatz der Exportpreiserhöhung können nur von Konkurrenzinteressen der französischen und britischen Industrie bestimmt worden sein. Fast noch schwerwiegender ist die Forderung, jegliche Subventionen für Im- oder Export einzustellen und damit die volle Kostenerhöhung auf den Inlandsverbraucher zu übertragen.

Hier wird die neue deutsche Regierung nicht nur politisch und wirtschaftlich impotent gemacht, indem man sie aller Möglichkeiten der Regulierung tragbarer Lebensbedingungen beraubt, man unternimmt auch den Versuch, den deutschen arbeitenden Menschen allein das Risiko der Weltwirtschaftskrisen und des jetzigen Valutaexperimentes aufzubürden.

Über die Höhe der Abwertung liesse sich debattieren. Auch in deutschen Kreisen ist man je nach der Import- oder Exportorientierung verschiedener Meinung. Dass wir auf die Dauer durch billigere Kohlenlieferungen an Frankreich (billiger als wir sie unserer eigenen Industrie zur Verfügung stellen können) der französischen Stahlindustrie einen Vorsprung geben sollen, ist nichts anderes als unlauterer Wettbewerb. Wir haben das nun schon jahrelang unter dem Zwang alliierter Anweisungen getan. Die volle Übertragung der eventuellen Exportpreiserhöhung auf die Inlandspreise ohne vorliegendes innerdeutsches Bedürfnis verteuert nur die deutschen Produktionskosten und schaltet uns vom Welthandel gegenüber der dann kostengünstigeren französischen und britischen Industrie aus. Schliesslich würde das Verbot des regulatorischen innerdeutschen Kostenausgleiches das Lohnpreisgefüge in Bewegung und damit die gesamte deutsche Wirtschaft in grösste Unruhe bringen. Während alle abwertenden Länder die durch die Importverteuerung drohende Erschütterung ihres Preisgefüges abzufangen suchen, verbietet man Deutschland nicht nur solchen Schutz seiner sozialen Struktur, man will uns ausserdem zwingen, die französische Industrie durch Einschränkung unserer Lebenshaltung zu subventionieren.

Die widersinnigste Erwartung ist die einer deutschen Dumping-Politik. Sie fände energischsten Widerstand gerade bei den deutschen Arbeiterorganisationen, da eine solche Politik nur auf Kosten der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung getrieben werden könnte.

Aus den gleichen Gründen wurde schon die D-Mark-Abwertung nur durch das Gleichziehen der konkurrierenden Industrieländer vertretbar.

Sicherheit und Erhöhung dieser Lebenshaltung in Deutschland sollten nicht aus Konkurrenzgründen gefährdet werden. Wenn es wahr ist, dass man ein gesundes Deutschland zum Wiederaufbau Europas braucht, dann erweist man Europa einen schlechten Dienst, wenn man Deutschland allein das Risiko der Wirtschaftskrisen der Welt aufbürden will.

* * *

Um die Reform der Kriegsofferversorgung

sp. Die SPD-Fraktion des Bundestages hat in Übereinstimmung mit den Millionen-Organisationen der Kriegsofferverorgung im Bundesparlament einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung ersucht wird, dem Bundestag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Versorgung der Körperbeschädigten und Hinterbliebenen vorzulegen. Bei diesem Gesetzentwurf sind grundsätzlich die Bestimmungen des früheren Reichsversorgungsgesetzes zu beachten. Eine zeitgemäße Modifikation wird ohne Zeitverlust möglich sein und könnte ausserdem eine sinnlose Verschleuderung erheblicher Mittel für Experimente verhindern.

In dem Bestreben, den deutschen Militarismus an der Wurzel zu treffen, hatten die Besatzungsmächte 1945 das Reichsversorgungsgesetz als militaristisches Gesetz aufgehoben. Damit waren auch die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen der allgemeinen Wohlfahrtspflege überantwortet. Es ist heute mit Sicherheit anzunehmen, dass diese Massnahme zunächst in Unkenntnis ihrer rechtlichen und sozialen Folgen befohlen wurde, denn schon im Jahre 1946 erkannten sämtliche Besatzungsmächte die Notwendigkeit einer staatlichen Hilfe für die Kriegsofferverorgung auf Reichsbasis an. Trotz dieser Sachlage ist es den deutschen Länderregierungen nicht gelungen, eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

In den Ländern der Bundesrepublik Deutschland gelten zur Zeit sechs verschiedene Gesetze zur Versorgung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen. Sie weichen im Bezug auf das Recht, den materiellen Inhalt der Versorgung, die praktische Durchführung und Rechtsprechung zum Teil sehr erheblich voneinander ab. Bedenkt man weiter, dass die Kaufkraft der Renten als Folge der verfehlten Frankfurter Wirtschaftspolitik erheblich gesunken ist, so erkennt man ohne weiteres die Notwendigkeit einer sofortigen Reform der gesamten Kriegsofferverversorgung.

* * *

Neues Manöver an der Saar

Ein bezeichnender Entwurf - SPD lehnt Teilnahme am SPS-Parteitag ab

sp. Dem Parteitag der SPS (Sozialdemokratische Partei an der Saar), der am 1. Oktober in Sulzbach stattfindet, soll, wie wir zuverlässig erfahren, eine 19-Punkte-Entschiessung vorgelegt werden, deren Grundabsichten schon in den beiden ersten Punkten sichtbar werden. Sie besagen, dass die von der Landtagsfraktion verfolgte Politik des wirtschaftlichen Anschlusses des Saarlandes an Frankreich ebenso wie die Bemühungen um vollständige Autonomie gebilligt werden.

Die Landtagsfraktion soll beauftragt werden, eine Reihe von Forderungen zu erheben. Unter anderem soll danach an die Stelle eines Hohen Kommissars der Französischen Republik im Saarland ein Vertreter der französischen Regierung bei der Saarregierung treten.

Dadurch würden die Kosten für das Hohe Kommissariat sich zunächst wesentlich ermässigen, später sogar ganz fortfallen. Dem Vertreter

der französischen Regierung soll nur auf dem Gebiete der Zoll- und Währungseinheit ein Verordnungsrecht zustehen.

Weitere Forderungen bringen zum Ausdruck, dass die Bestimmungen der Haushalts- und Finanzkonvention, die sich auf die Bildung einer

mit Verordnungsrecht im Steuersektor ausgestatteten Kommission beziehen, aufgehoben werden, dass die Funktionen des Tresorier-Generals

dem Landesschatzamt übertragen werden, dass alle französischen Polizei- und Gendarmeriebeamten aus dem Saarland zurückgezogen werden,

dass die Saarländer mit ihrer "Carte d' Identite" nach Deutschland und umgekehrt die Deutschen mit ihrer Kennkarte in das Saarland ein-

reisen können. Es wird die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Regierung des Saargebietes und der Bundesregierung in

Deutschland verlangt mit dem Ziele, alle zwischen Deutschland und der Saar bestehenden Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Das

Eigentum des Saarlandes an den Saar-Eisenbahnen soll nicht angetastet, das Eigentum an den Saargruben und den Saarrüten soll dem saarlän-

dischen Volk übertragen werden. Bis dahin soll die Saar-Regierung an der Verwaltung dieser Unternehmen beteiligt werden. Es folgen

einige weitere Einzelheiten zu diesem Komplex. Die Grundsätze der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit sollen zwischen der saarlän-

dischen und französischen Wirtschaft gewahrt werden, d.h., so wird gesagt, "die saarländischen Kaufleute in Frankreich sollen nicht

als Ausländer betrachtet werden", ebenso nicht die saarländischen Arbeiter in Frankreich. Den Schluss bildet die Forderung, dass das Saarland an der Marshallplannhilfe voll beteiligt werde, und zwar nicht im Verhältnis der saarländischen zur französischen Bevölkerung, sondern im Verhältnis der saarländischen Wirtschaftskapazität. Auf politischem Gebiet werden die Bemühungen der Fraktion begrüßt, die eine Aufnahme des Saarlandes in den Europarat zum Ziele haben.

Bei diesem aufschlussreichen Dokument handelt es sich nach Auffassung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands politisch gesehen in erster Linie um einen Versuch des französischen Hohen Kommissars, die bekannte unfreie Situation der Parteien des Saargebietes auszunutzen, um die Bestrebungen der französischen Außenpolitik zu fördern. Die mancherlei geforderten Verbesserungen sollen als Lockmittel dienen, um die schliessliche vollständige Annexion des Saargebietes durch Frankreich zu erreichen. Um aber diesen Ursprung und das letzte Ziel dieser ganzen politischen Unternehmung zu verdecken, bedienen sich die heute im Saargebiet massgebenden französischen Stellen der in ihrer Entschlussfreiheit weitgehend gehemmten deutschen Parteien. Es werden Forderungen lanciert, um Stimmungen der Bevölkerung vorzutäuschen, die in Wirklichkeit ganz anders denkt, aber keine ausreichenden Möglichkeiten besitzt, ihre Auffassungen unmittelbar zum Ausdruck zu bringen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat infolgedessen auch eine Einladung zur Teilnahme am Parteitag der SPS mit dem Hinweis auf "die ungeklärte Lage im Saargebiet und in der SPS" abgelehnt.

* * *

Lebensstandard nach dem Rubel

sp. Die Sowjetunion macht zur Zeit viel Propaganda mit den Erfolgen ihrer vor einiger Zeit durchgeführten Preissenkung bei Lebensmitteln und Gebrauchswaren. Man behauptet, dass die Einsparungen der gesamten Verbraucherschaft der UdSSR aufgrund dieser Verbilligungen in einem Jahr rund 71 Mrd. Rubel betragen. Das macht pro Kopf der Bevölkerung rund 31 Rubel monatlich.

Der wahren Bedeutung dieser Preissenkung und dem jetzigen Lebensstandard des sowjetischen Menschen kommt man aber näher, wenn man sich einen Einzelfall aus der grossen Masse des Volkes greift. Das sind die durchschnittlichen Fabrikarbeiter. Ihr Einkommen lässt sich auch am ehesten auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Die Lebenshaltung der Kolchosarbeiter ist viel unterschiedlicher wegen der verschiedenartigen Naturalbezüge. Im allgemeinen stehen sie sich schlechter als die Fabrikarbeiter.

Der nicht besonders ausgebildete Fabrikarbeiter erhält einen Netto-Lohn von rund 500 Rubel, Spezialisten 6 - 800 R. Stachanow-arbeiter im Kohlenbergwerk erhalten dagegen 4000 R, andere, die namentlich in den Zeitungen genannt werden, sogar 9 - 10 000 R. Diese hohen Einkommen tragen zwar dazu bei, dass die Statistik in der Sowjetunion das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters mit 1200 R. errechnen konnte, für die Gesamtheit bilden sie aber eine so grosse Ausnahme, dass sie hier unberücksichtigt bleiben können.

Im Vergleich zu diesem Einkommen sind die Lebensmittelpreise trotz zweimaliger Freissenkung immer noch sehr hoch. Die monatlichen Ausgaben einer Moskauer Arbeiterfamilie, die aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern besteht, zeigen etwa folgendes Bild:

Roggenbrot, täglich 1500 g =	45 kg	121.50 Rubel
Fleisch	5 "	217.00 "
Fett 2 kg = (1 kg Butter		57.60 "
(1 kg Sonnenblumenöl)		27.00 "
Zucker	2,5 "	37.50 "
Grütze	6 "	32.40 "
Gemüse	30 "	14.00 "
Kartoffeln	20 "	20.00 "
Tee	100 g	16.00 "
Eier	10 St.	10.00 "
Milch	10 Ltr.	30.00 "
		483.00 Rubel

Die Einsparungen der ganzen Familie aufgrund der jetzigen

Preissenkung betragen nach der obigen Aufrechnung 39,50 Rubel monatlich.

Die Aufstellung zeigt, dass der Arbeiter fast seinen ganzen Lohn für die nicht einmal reichliche Ernährung seiner Familie braucht.

Dabei muss hier gleich noch auf eine andere regelmässige Ausgabe hingewiesen werden. Das ist die Zeichnung der Staatsanleihe, die in

jedem Jahr von allen Sowjetbürgern in Höhe eines Monatslohnes erwartet wird. Somit kann unser Arbeiter monatlich nicht mit 500, sondern

nur mit 458 R rechnen. Aber er arbeitet nicht allein. Es ist in der Sowjetunion selbstverständlich, dass auch die Frau ihre Beschäfti-

gung in einer Fabrik oder auf einer Behörde hat. Von ihrem Verdienst muss die Wohnungsmiete bestritten werden, die allerdings wegen des

geringen zur Verfügung stehenden Platzes sehr gering ist. Und schliesslich muss davon noch die Bekleidung gekauft werden. In Moskau kostet

jetzt:

Ein Frauenkleid aus Baumwolle 70 - 77 R., aus Wolle 460 - 500 R.
 Ein Herrenanzug aus Kammwolle 385 - 400 R., aus Boston 1230 - 1320 R.
 Ein Paar Herrenhalbschuhe (Leder) 260 - 288 R., Damenhalbschuhe dasselbe.

Wenn es der Familie gelingt, von dem Verdienst der Frau monatlich 200 R zurückzulegen, so muss sie immerhin zwei Monate für ein

Kleid oder einen Anzug sparen, während es ein Paar Schuhe in 1 1/2 Monaten geben kann. Darüber hinaus kann sie sich aber nichts leisten.

Ohren, Fotos usw. sind Luxusgegenstände, an die sie nicht denken darf, obgleich gerade diese jetzt viel billiger geworden sind. Eine

Armbanduhr kostet 550 R., ein Radiogerät 432 und ein Fotoapparat 881 Rubel.

Diese Zahlen geben mehr als alle Worte ein eindrucksvolles Bild von der wirtschaftlichen Lage des sowjetischen Arbeiters, der auch

nach dieser Preisherabsetzung nur durch harte Arbeit der ganzen Familie - auch die Kinder müssen bald dazu herangezogen werden - in

der Lage ist, einen bescheidenen Lebensstandard zu erreichen.

A.W.

* * *

..... Darunter keine Frauen.....

sp. Nach den Ermittlungen der Kriegsgefangenenhilfe der SPD waren, wenn man Polotows seinerzeitige Angaben von 892.000 zugrunde legt, Anfang 1949 400.000 Kriegsgefangene noch nicht zurückgekehrt. Bis 31.12.1948 waren 180.000 Kriegsgefangene entlassen worden. 1948 wurden in die britische Zone entlassen:

29. September 1949

Januar	700,			
Februar	47,			
März	7.312	und	23 Frauen,	davon 2.382 Kranke,
April	7.609	"	124 " ,	" 2.313 " ,
Mai	9.509	"	20 " ,	" 2.339 " ,
Juni	7.895		- ,	" 1.777 " ,
Juli	5.826,		-	
August	8.072		-	
Sept.				
1.-7-	6.806			
8.-24.	11.296		-	" 1.119 Kranke.

Die Entlassungen in die britische Zone betragen im Durchschnitt ein Drittel der Gesamtentlassungen.

Bis Anfang 1949 waren diese Kriegsgefangenen auf ca. 1.200 Lager in ganz Russland verteilt. Die Belegschaftszahlen schwankten zwischen 600 und 3.000. Unter den Gefangenen befanden sich noch 100 bis 150.000 weibliche Gefangene und Zivilinternierte, von denen bis zum angeführten Datum erst 500 zurückgekehrt waren. Seit Jahresanfang sind keine Zivilinternierten und seit dem Juni 1949 sind keine Frauen mehr entlassen worden.

Im Donezbecken befinden sich noch ca. 35.000 deutsche Frauen. Sie arbeiteten fast alle im Untertagebau. 600 deutsche Frauen aus dem Raum Schacht-Swarino, die seit 1947 wegen ihrer schlechten körperlichen Verfassung nur noch über Tage beschäftigt wurden, meldeten sich jetzt "freiwillig" zur Untertageschicht, weil der Verdienst der Tageschicht nicht ausreicht, sie vor dem Verhungern zu schützen. Sie müssen jetzt für ihren Unterhalt selbst aufkommen.

Zur Zeit befinden sich die Lager der Kriegsgefangenen in Bewegung, und zwar werden sie hauptsächlich östlich von Nowosibirsk, Kasakatan und Magnitogorsk konzentriert. Einheiten der SS, SA, Angehörige der NSDAP, der Polizeiformationen, der Feldgendarmerie und Pionierabteilungen, sowie der Landesschützen sind bisher im wesentlichen von den Entlassungen ausgeschlossen worden. E irgendwelche Verlautbarungen über ihre Entlassung sind bisher nicht erfolgt. Sie alle sind in Lagern zu besonderer Schulung zusammengefasst und finden zur Zeit beim Bau eines Kanals zum Baikalsee Verwendung. . 7 .

29. September 1949

In diesen Zahlen sind bisher nicht diejenigen Kriegsgefangenen enthalten, die wegen Sabotage, Eigentumsvergehen, Verbreitung von Flugblättern, Verfassung von religiösen und heimatlichen Gedichten zu Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Sie werden zumeist in der ostrussischen Rüstungsindustrie beschäftigt. Während die ersterwähnten Einheiten, soweit keine Verfahren gegen sie laufen, unter voller Anschrift schreiben können, schreiben die Zwangsarbeiter neuerdings unter Zeichen, die unseren früheren Feldpostnummern ähneln.

Bisher nicht entlassen sind auch Kriegsbeschädigte, Amputierte, Kriegsblinde und Kranke. Unter ihnen vor allen solche, die an Tb erkrankt sind. Von den bisher Entlassenen leiden ein Drittel aller Männer infolge Überanstrengung an Herzerweiterung, die ihre Arbeitsfähigkeit um mindestens 30 Prozent schwächt. Der gleiche Prozentsatz leidet an Tq, wie durch Reihen-Röntgenuntersuchungen in Friedland festgestellt wurden.

Während bisher Angehörige der Polizei nur dann, wenn sie sich für die Ostpolizei verpflichteten, entlassen wurden, werden in der letzten Zeit höhere Polizeioffiziere, die bereits bei der Ostpolizei beschäftigt waren, als "neue Entlassungen" über Friedland in die Westzonen eingeschleust. Varnschaften wurden bisher nicht entlassen. Man will die Anordnung der westlichen Militärregierungen ausnützen, die entnazifizierten Offiziere der Gruppen IV und V einen Wiederanstellungsanspruch gewährt und hofft, anscheinend damit die Polizei der Westzonen kommunistisch durchsetzen zu können.

Antifaschisten sind in der neueren Zeit nicht mehr durchgeschleust worden, oder sie gaben sich als solche nicht zu erkennen. Soweit es sich dabei um prominente Persönlichkeiten handelt, erfolgt ihre Entlassung über das Lager Fürstenwalde und ihre Überführung in die Westzone auf illegalem Weg. Ihre weitere Unterbringung erfolgt durch die Organisation der KP, die inzwischen, vor allem im Ruhrgebiet, einige dieser Leute in Stellung gebracht hat, von wo aus sie über Produktionsverlauf und ähnliche Dinge in die Ostzone berichten.

Wie die Heimkehrer weiter berichten, wird in den Kriegsgefangenenlagern die Winterkleidung wieder in Ordnung gebracht unter der Begründung, dass sie für die Zivilinternierten verwandt werden soll. (m/3/299/2=He)

Verantwortlich: Peter Raunau